

Felix Bode, Gina Rosa Wollinger & Daniela Pollich

Kriminologie in Nordrhein-Westfalen – Tagungsbericht zur dritten Tagung des Netzwerks Kriminologie in NRW vom 4. bis 5.11.2021 an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW in Köln

Im November 2021 trafen sich zum dritten Mal kriminologische Wissenschaftler:innen in Nordrhein-Westfalen, um sich über aktuelle Forschungsprojekte sowie die Situation der Kriminologie in Deutschland und NRW auszutauschen. Das Netzwerk „Kriminologie in NRW“ vereint kriminologische Institutionen sowohl aus einem akademischen als auch einem praxisbezogenen Kontext mit dem Ziel, bisherige Trennlinien zu überwinden, in einen gemeinsamen Diskurs einzutreten und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Im Rahmen der Tagung im November 2021 trafen sich 55 Mitglieder des Netzwerks, um sich zwei Tage lang über gegenwärtig laufende bzw. kürzlich abgeschlossene Forschungsprojekte auszutauschen. Einen thematischen Schwerpunkt bildete dabei das Phänomen des Umgangs mit Jugendkriminalität.

Hannah *Wittbrodt* von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit der Erklärung von Geschlechterunterschieden bei Jugenddelinquenz im Lebensverlauf. Sie zeigte auf, dass, nachdem weibliche Delinquenz in der Kriminologie lange Zeit wenig Beachtung fand, sie in den letzten Jahren zunehmend in den wissenschaftlichen Fokus gerät. Nach einem kurzen Überblick über die historische Entwicklung und den derzeitigen Stand der Forschung, wurden in diesem Vortrag verschiedene Delinquenzverläufe im Jugendalter vorgestellt. Dabei wurde der Frage nachgegangen, ob es dafür „typisch weibliche“ Delinquenzverlaufspfade gäbe. Dazu wurden erste Ergebnisse einer nach Geschlechtern berechneten Verlaufsanalyse (LCGA) präsentiert, die auf den Daten der Studie „Kriminalität in der modernen Stadt“ (CrimoC) basierte. Die Befunde zeigten bei Jungen und Mädchen zwar grundsätzlich ähnliche Verlaufspfade, jedoch auch deutliche Unterschiede bei Gruppengrößen, Höhepunkten und Abbruchverhalten.

Leon *Lohrmann*, ebenfalls von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, setzte sich kritisch mit den Häusern des Jugendrechts, als möglichen Beitrag zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung, auseinander. Er stellte dar, dass in Häusern des Jugendrechts, zur Effektivierung der Kooperation zwischen den am Jugendstrafverfahren beteiligten Institutionen, die Jugendhilfe im Strafverfahren, die Polizei und die Staatsanwaltschaft „unter einem Dach“ zusammenarbeiten. Mit diesem Konzept sollen vor allem eine verbesserte Vernetzung der Institutionen und eine Beschleunigung strafrechtlicher Ermittlungen erreicht werden. Einige dieser Einrichtungen verfolgen jedoch darüber hinaus den Zweck, das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu stärken und streben damit ein Ziel an, welches sich offensichtlich nicht nur am Erziehungsgedanken des individualisierten Jugendstrafrechts orientiert

* <https://www.kriminologie-nrw.de/>

und damit, angesichts der Konzeption der Häuser, fraglich erscheint. Seine Untersuchung ging daher der Frage nach, ob durch die Errichtung von Häusern des Jugendrechts überhaupt eine Verbesserung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung erreicht werden kann. Er diskutierte dieses Ziel vor dem Leitgedanken des JGG und im Kontext aktueller Daten zur Kriminalitätsfurcht.

Franziska *Hasselbach* von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ging der Frage der polizeilichen Kontrollpraxis in Bezug auf allochthone Jugendliche nach. Denn bereits seit Längerem ist nicht nur das Delinquenzverhalten von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, sondern auch die „Kehrseite“ einer von der empirischen Forschung indizierten selektiven formalen Sozialkontrolle zulasten allochthoner (jugendlicher) Täter:innen von großem kriminalpolitischen Interesse. Vor diesem Hintergrund stellte der Vortrag erste deskriptive Befunde des Dissertationsprojekts mit dem Arbeitstitel „Kontrollrisiko Migration“ vor, welches für das besonders delinquenzrelevante Jugendalter anhand des integrierten Hell-Dunkelfeld-Paneldatensatzes, der in Duisburg durchgeführten Studie „Kriminalität in der modernen Stadt“ (CrimoC), der Frage nach einer überproportionalen Kriminalisierung jugendlicher Migrant:innen nachgeht. Unter Einbezug der selbstberichteten Delinquenz zeigte sich insbesondere ein erhöhtes formelles Registrierungsrisiko männlicher, türkischstämmiger Jugendlicher, die im relevanten Erhebungszeitraum eine geringe Versatilität aufwiesen, also von ein bis zwei verschiedene Deliktsarten berichteten.

Andreas *Ruch* von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW referierte zur Problematik verdachtsunabhängiger Kontrollen gegenüber People of Color. Der Vortrag befasste sich mit polizeilichen Identitätsfeststellungen an so genannten „gefährlichen“ Orten. Kritisiert wurde, dass bereits auf der Ebene des gesetzlichen Tatbestands das Risiko anlassloser Kontrollen angelegt ist, von denen wiederum People of Color besonders betroffen sind. Dies ist, entgegen einer in Wissenschaft und Praxis verbreiteten Annahme, unter keinen Umständen zu rechtfertigen, da es der verfassungsrechtliche Gleichheitssatz untersagt, einzelne Mitglieder der Gesellschaft wegen ihrer Hautfarbe einem erhöhten polizeilichen Kontrolldruck zu unterwerfen.

Frank-Holger *Acker* vom Zentralen Kriminaldienst Hannover präsentierte Ergebnisse bezüglich der Delinquenzbelastung von angehenden Polizeikommissar:innen. Im Rahmen des Vortrages wurde eine Befragung aus dem Zeitraum 2018 bis 2020 von über 500 angehenden Polizeibeamt:innen zu 14 verschiedenen Fehlverhalten vorgestellt. Die Formulierungen stammten aus einer Dunkelfelderhebung aus dem Jahr 2009, sodass ein Vergleich der Ergebnisse möglich war. Wie sich in der Studie und im Vortrag zeigte, gaben die Polizeikommissaranwärter:innen deutlich häufiger Fehlverhalten an als zu Studienbeginn vermutet, so dass in einem zweiten Schritt mögliche Gründe für das Antwortverhalten erhoben wurden. Im Ergebnis veranschaulichten die zwei Untersuchungsphasen zum einen die Einflussfaktoren auf das (ehrliche) Antwortverhalten und gaben zum zweiten einen ersten Hinweis darauf, dass bisherige Befragungen in diesem Feld die Häufigkeit von deviantem Handeln anscheinend unterschätzen.

Daniela *Pollich* von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW stellte theoretische Überlegungen zur Arbeit der Kriminalpolizei aus einem Forschungsprojekt zur polizeilichen Bearbeitung von Sexualdelikten vor. Dieses wird als Teilprojekt der Studie „Sexuelle Gewalt gegen Frauen“ der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA NRW im Rahmen einer Kooperation durchgeführt. In Anlehnung an das Makro-Mikro-Makro-Mo-

dell soziologischer Erklärung wurde skizziert, welche gesellschaftlich-moralischen, polizei- sowie fallspezifischen Einflüsse potenziell auf die konkrete Handlungs- bzw. Ermittlungssituation der kriminalpolizeilichen Sachbearbeiter:innen einwirken. In einem zweiten Schritt wurden Überlegungen angestellt, wie die Beamt:innen auf Basis dieser Rahmenbedingungen ihre einzelnen Entscheidungen im Rahmen der Ermittlungshandlungen treffen.

Einen weiteren thematischen Schwerpunkt bildeten Vorträge im Zusammenhang mit Kriminalität im öffentlichen Raum.

Saskia *Kretschmer* und Benjamin *Coomann* von der Bergischen Universität Wuppertal gingen in ihrem Vortrag auf Beteiligungsformate zur Förderung des Sicherheitsempfindens im öffentlichen Raum ein. Demnach betonen Ansätze von Community Policing die Serviceorientierung polizeilichen Handelns, um kleinräumig auf Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen und die Zivilgesellschaft durch vertiefte Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken. Engagement und Beteiligung an Prozessen der Stadt- bzw. Nachbarschaftsentwicklung könnten sich folglich vielerorts positiv auf das Sicherheitsempfinden auswirken. Innerstädtische Anonymität, mangelnde Identifikation mit dem Quartier sowie ein geringes Maß an Wohnbevölkerung würden dagegen solche Beteiligungsformate vor große Herausforderungen im städtischen Kontext stellen. Am Beispiel der Stadt Wuppertal untersucht die vorgestellte Fallstudie mit Expert:inneninterviews und einer schriftlich-postalischen Befragung (n = 1 762) den Einfluss von zivilgesellschaftlichem Engagement auf das Sicherheitsempfinden. Der Beitrag von Kretschmer und Coomann griff hierbei auf empirische Befunde zurück, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Koope-ration Sicherheit Innenstadt Döppersberg (KoSID)“ als wissenschaftliche Begleitforschung der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes in Wuppertal erhoben wurden.

Bo *Tackenberg* und Tim *Lukas*, ebenfalls von der Bergischen Universität Wuppertal, stellten Ergebnisse zur Entstehung von (Un-)Sicherheitsgefühlen im öffentlichen Raum vor. Das verwendete Eye-Tracking-Verfahren bietet die Möglichkeit, diejenigen Aspekte der Wahrnehmung von Raumsituationen zu erfassen, die in herkömmlichen Messungen bislang vernachlässigt werden. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen einer Eye-Tracking-Studie 32 Vignetten, die Teil eines visuellen faktoriellen Surveys waren, anhand der Augenbewegungen von 12 Proband:innen untersucht und mit ihren situativ geäußerten (Un-)Sicherheitsgefühlen abgeglichen. In dem Vortrag wurden die zentralen Messwerte vorgestellt und im Hinblick auf die Entstehung von (Un-)Sicherheitsgefühlen im öffentlichen Raum systematisiert.

Isabel *Krause* von der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA NRW präsentierte in ihrem Vortrag eine Analyse zu Kriminalität in kleinräumlichen Abschnitten (Mikrosegmenten). Diese „Criminology of Place“ beschäftigt sich grundsätzlich mit der Frage, warum Kriminalität an bestimmten Orten auftritt und versucht so unter anderem, mögliche Risiko- und Schutzfaktoren für die Prävention von Kriminalität zu identifizieren. Dabei stehen immer häufiger sehr kleine geografische Bereiche innerhalb von Städten im Fokus der Untersuchungen. Mit der vorgestellten Studie wurden Zusammenhänge zwischen soziostrukturellen Daten, Polizeieinsätzen und deliktsspezifischen Kriminalitätsereignissen aufgezeigt. Ferner wurde auf die Nutzungspotenziale von Mikrosegmentanalysen für die Kriminalprävention eingegangen.

Amina *Hoppe*, Universität zu Köln, thematisierte Kollektivphänomene im Sinne von Debatten und „Empörungswellen“ im digitalen Raum. Die für das Projekt erhobenen Daten, Beiträge (sog. Tweets) von 75 thematischen Wellen sowie die Verbindungen zwischen den beteiligten Accounts im Netzwerk (Freund:innen/Follower:innen), wurden automatisiert und nahezu in Echtzeit anhand einer Analyse aktuell häufig verwendeter Hashtags im deutschsprachigen

Twitter-Netzwerk erfasst. In ihrem Vortrag wurden nach einer kurzen Darstellung der Methodik erste Ergebnisse des Projektes vorgestellt. Dabei wurde vor allem erörtert, inwieweit von den erhobenen „Empörungswellen“ als Gesamphänomen Beeinträchtigungen ausgehen.

Des Weiteren griffen Vortragende verschiedene Facetten der Gewaltkriminalität auf.

Johannes *Reuschen*, ebenfalls Universität zu Köln, ging auf das Phänomen von Angriffen auf Rettungskräfte ein. Seine Studie basiert auf einer Befragung aller in Rheinland-Pfalz tätigen Rettungskräfte (Vollerhebung). Die Daten wurden in den Monaten März bis Mai 2018 erhoben. Die Beteiligungsquote lag bei 96,7 %. Die Genese der Übergriffe, die vorangegangene Kommunikation und das Stresslevel der Einsatzkräfte wurden in diesem Zusammenhang erstmals in dieser Weise erforscht. Der Vortrag stellte die Ergebnisse der Untersuchung vor und abschließend wurden mögliche Lösungsansätze diskutiert.

Sebastian *Gerhartz* und Juliana *Witkowski* von der Ruhr-Universität Bochum referierten zu vorurteilsmotivierter Gewaltkriminalität in NRW. Ihr Beitrag basierte auf Daten, die im Projekt „Vorurteilsmotivierte Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen 2012-2016“ aus Dokumenten des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch Motivierte Kriminalität und aus Strafverfahrensakten gewonnen wurden. Mit einer quantitativ angelegten Analyse wurden im Vortrag insbesondere die Hintergründe der Tatverdächtigen im Detail beschrieben. Darauf aufbauend widmete sich der Beitrag ebenfalls der Frage, ob sich mit Hilfe klassifizierender Verfahren typische Profile von Täter:innen identifizieren lassen.

Ebenfalls in Bezug auf rechtmotivierte Gewalt untersuchte Felix *Lange* von der Ausstiegsberatung NinA NRW die polizeiliche Klassifikation von Todesfällen. Der Vortrag basierte auf den Ergebnissen einer Masterarbeit im Studiengang „Kriminologie, Kriminalistik und Polizeiwissenschaft“ an der Ruhr-Universität Bochum aus dem Jahr 2021. Anknüpfend an die seit dem Jahr 2000 geführte Debatte um die Zahl der Todesopfer rechtmotivierter Gewalt in Deutschland wurden umstrittene Fälle von Gewaltdelikten mit Todesfolge der Jahre 1992/93 aus NRW untersucht. Dieser Zeitraum bildet deutschlandweit eine Hochphase politisch rechtmotivierter Gewalt ab, welche aus kriminologischer Sicht besonderes Potenzial zur Untersuchung hat. Auf Grundlage von Verfahrensakten und Urteilen wurden insgesamt zehn Fälle untersucht. In dem Vortrag wurden die Ergebnisse der Untersuchung präsentiert und, anhand der Beispiele aus dem Sample, Kritik an der polizeilichen Klassifikation politisch motivierter Kriminalität aufgegriffen und diskutiert.

Der Strafvollzug bildete ebenfalls einen thematischen Schwerpunkt der Tagung.

Angelina *Baust*, Universität zu Köln, untersuchte die lokale Presseberichterstattung über die JVA Meppen im Zeitraum von 1978 bis 2006. Die Datengrundlage bildeten 1 603 Presseartikel, die in der Meppener Tagespost in einem Zeitraum von 1978 bis 2006 erschienen sind. Im Rahmen des Vortrags wurde das methodische Vorgehen des Projekts erläutert und anschließend erste empirische Befunde vorgestellt und diskutiert, da Presseberichterstattung sich unter anderem auf politische Diskussionen, auf Gesetzgebungsentscheidungen und auf vollzugspraktische Reaktionen, wie z. B. Kontroll- und Wiedereingliederungsmaßnahmen, im Strafvollzug auswirken können.

Anne *Kaplan*, Technische Universität Dortmund, und Lisa *Schneider*, Universität Siegen, präsentierten Forschungsergebnisse einer pädagogisch orientierten Wohngruppe im Jugendvollzug. In dem vorgestellten Praxis-Forschungsprojekt wurde eine pädagogisch ausgerichtete Wohngruppe analysiert und wissenschaftlich begleitet. Dabei wurden pädagogische Schlüsselprozesse wie Beziehungsqualität, Lern- und Kompetenzzuwachs, Mitarbeitendenzufriedenheit

und -haltung untersucht. In ihrem Beitrag fassten sie die aktuellen Ergebnisse ihrer pädagogischen Begleitforschung pointiert zusammen. Erste Ergebnisse weisen darauf hin, dass sowohl auf Seiten der inhaftierten Menschen, als auch auf Seiten der Mitarbeitenden (immer in Abgrenzung zur geschlossenen Strafhafte), eine Erleichterung angenommen werden kann. Gerade bei den Mitarbeitenden lässt sich eine positive Stimmung nachzeichnen, die auf das wertgeschätzte kollegiale Miteinander und erste erkennbare Erfolge der pädagogischen Arbeit zurückgeführt werden kann.

Robert *Thiele* von der Universität Siegen beschäftigte sich ebenfalls mit dem Strafvollzug und der dort stattfindenden Deradikalisierungsarbeit. Der Vortrag zeigte, anhand von ethnographischem Material, die Besonderheiten in der Arbeit von Fachkräften im Bereich der Deradikalisierung im Strafvollzug auf.

Abschließend wurden Vorträge zu verschiedenen, aktuellen kriminologischen Schwerpunkten gehalten.

Elian *Pöplau*, Universität zu Köln, ging der Frage nach, inwiefern der Umgang mit Cannabis in den USA eine Vorlage für deutsche Drogenpolitik sein kann. Dabei präsentierte sie verschiedene Vergleichs- und Erfahrungswerte, die geeignet waren, die Entwicklung im Umgang mit Cannabis anderer Staaten mit Deutschland zu vergleichen. So ergaben sich beispielsweise im Bereich des Konsumverhaltens und der Risikowahrnehmung Anhaltspunkte, die den Blick über die Grenzen der deutschen Umgangsmethode als lohnenswert und diskutabel erscheinen lassen.

Gina Rosa *Wollinger* von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW stellte Ergebnisse einer Studie zu Unternehmen als Betroffene von Cybercrime vor. Das Forschungsprojekt wird am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. zusammen mit dem Informatikinstitut L3S der Universität Hannover durchgeführt. Die Kernbefunde zeigen, dass sowohl kleine, mittelständische und auch große Unternehmen in Deutschland von Cybercrime betroffen sind. Während technische Sicherheitsmaßnahmen weit verbreitet sind, fehlt es häufig an organisatorischen Präventionsmöglichkeiten, wie beispielsweise Personalschulungen.

Alexander *Werner* und Maximilian *Querbach* von der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des LKA NRW thematisierten Präventionsmöglichkeiten im Bereich der sogenannten Clankriminalität. Der Fokus des vorgestellten Forschungsprojekts lag auf der Prävention der Kriminalität durch Mitglieder großfamiliär geprägter Strukturen. Die Studie beinhaltet eine systematische Identifizierung von Ansätzen und Konzepten zur Prävention dieses und ähnlicher Kriminalitätsphänomene sowie eine kriteriengeleitete Analyse.

Die Möglichkeit zum Austausch und Diskurs zwischen kriminologischer Forschung, Lehre und Praxis soll auch zukünftig Bestand haben. Die nächste Tagung des Netzwerks findet nach aktuellem Stand im Frühjahr 2023 statt.

Kontakt | Contact

Prof. Dr. Felix Bode | Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW | felix.bode@hspv.nrw.de

Prof. Dr. Gina Rosa Wollinger | Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW | ginarosa.wollinger@hspv.nrw.de

Prof. Dr. Daniela Pollich | Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW |
daniela.pollich@hspv.nrw.de